

Ausbildung für Bundeswehr

Hochschule verstößt laut Linken gegen Zivilklausel

Die Linke in Bremen fordert, dass die Hochschule Bremen (HSB) nicht mit der Bundeswehr zusammenarbeitet. Die Hochschule wird ab dem nächsten Wintersemester Studierende für die Bundeswehr ausbilden. Das aber verstoße gegen die Zivilklausel der Hochschule, sagt die Bürgerschaftsfraktion Die Linke.

Neun Studienplätze im Internationalen Frauenstudiengang Informatik wird die HSB in Zukunft für die Bundeswehr freihalten. Die Linke vermutet hier eine Ausbildung, die auch militärisch genutzt werden kann. Die Bundeswehr suche derzeit Fachkräfte für Informatik, da digitale Kenntnisse in der Kriegsführung immer wichtiger werden, so die hochschulpolitische Sprecherin Miriam Strunge. Laut der Zivilklausel der Hochschule dürfe sich diese aber nicht an Projekten mit militärischer Nutzung beziehungsweise Zielsetzung beteiligen.



Die Hochschule verstößt laut Linken gegen ihre eigene Zivilklausel.

Hochschule weist Kritik zurück

Der Pressesprecher der Hochschule bestreitet, dass der Studiengang gegen die Zivilklausel verstoße. Die Studierenden würden nur für die Verwaltung der Bundeswehr ausgebildet.

Seit 30 Jahren Zivilklausel an der Uni Bremen

Als bundesweit erste Universität führte die Universität Bremen 1986 eine Zivilklausel ein. Die Uni verpflichtet sich darin selbst, "jede Beteiligung von Wissenschaft und Forschung mit militärischer Nutzung beziehungsweise Zielsetzung" abzulehnen. Die Idee einer Zivilklausel entwickelte sich aus der Friedens- und Abrüstungsbewegung der 80er Jahre. Erst im Jahr 2012 folgte die 1982 gegründete Hochschule Bremen.

Hochschulen lehnten gesetzliche Regelung ab

Eine Verankerung der Klausel im Bremischen Hochschulgesetz lehnten die fünf staatlichen Hochschulen im März 2012 mit Verweis auf die Wissenschaftsfreiheit ab. Die Selbstverpflichtung in Forschung, Lehre und Studium nur friedliche Zwecke zu verfolgen, sei ausreichend. Auslöser der neuerlichen Debatte war die Ankündigung, eine Stiftungsprofessur für Raumfahrttechnik einzurichten – mit finanzieller Beteiligung von OHB. Das Bremer Raumfahrtunternehmen beliefert neben zivilen Projekten auch die Bundeswehr mit Aufklärungssatelliten.

Reformgesetz in Bremen umstritten

Doch mit der Mehrheit der rot-grünen Koalition beschloss die Bremische Bürgerschaft im März 2015, die Zivilklausel im dritten Hochschulreformgesetz zu verankern. Demnach müssen die fünf Hochschulen auch Drittmittelverträge veröffentlichen, sofern nicht gesetzliche oder vertragliche Verpflichtungen entgegenstehen. So soll ausgeschlossen werden, dass es Forschung im Auftrag der Rüstungsindustrie gebe.

CDU lehnt Veröffentlichung der Geldgeber ab

Das Reformgesetz ist umstritten. Die CDU-Fraktion lehnte den Entwurf ab. Die Christdemokraten befürchten, wenn Hochschulen zu genau offenlegen müssen, von welchen Unternehmen sie wie viel Geld bekommen, könnte das Geldgeber abschrecken.